

# Obligationenrecht

## (Die kaufmännische Buchführung)

### Änderung vom 22. Dezember 1999

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 31. März 1999<sup>1</sup>,  
*beschliesst:*

#### I

Der Zweiunddreissigste Titel des Obligationenrechts<sup>2</sup> wird wie folgt geändert:

#### *Art. 957*

A. Pflicht zur  
Führung und  
Aufbewahrung  
der Geschäfts-  
bücher

<sup>1</sup> Wer verpflichtet ist, seine Firma in das Handelsregister eintragen zu lassen, ist gehalten, diejenigen Bücher ordnungsgemäss zu führen und aufzubewahren, die nach Art und Umfang seines Geschäftes nötig sind, um die Vermögenslage des Geschäftes und die mit dem Geschäftsbetriebe zusammenhängenden Schuld- und Forderungsverhältnisse sowie die Ergebnisse der einzelnen Geschäftsjahre festzustellen.

<sup>2</sup> Die Bücher, die Buchungsbelege und die Geschäftskorrespondenz können schriftlich, elektronisch oder in vergleichbarer Weise geführt und aufbewahrt werden, soweit dadurch die Übereinstimmung mit den zu Grunde liegenden Geschäftsvorfällen gewährleistet ist.

<sup>3</sup> Betriebsrechnung und Bilanz sind schriftlich und unterzeichnet aufzubewahren. Die übrigen Geschäftsbücher, die Buchungsbelege und die Geschäftskorrespondenz können auch elektronisch oder in vergleichbarer Weise aufbewahrt werden, wenn sie jederzeit lesbar gemacht werden können.

<sup>4</sup> Elektronisch oder in vergleichbarer Weise aufbewahrte Geschäftsbücher, Buchungsbelege und Geschäftskorrespondenz haben die gleiche Beweiskraft wie solche, die ohne Hilfsmittel lesbar sind.

<sup>5</sup> Der Bundesrat kann die Voraussetzungen näher umschreiben.

#### *Art. 961*

III. Unter-  
zeichnung

Betriebsrechnung und Bilanz sind vom Firmeninhaber, gegebenenfalls von sämtlichen persönlich haftenden Gesellschaftern und, wenn es sich um eine Aktiengesellschaft, Kommanditaktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder Genossenschaft handelt,

<sup>1</sup> BBl 1999 5149

<sup>2</sup> SR 220

von den mit der Geschäftsführung betrauten Personen zu unterzeichnen.

*Art. 962*

C. Dauer der  
Aufbewahrungspflicht

<sup>1</sup> Die Geschäftsbücher, die Buchungsbelege und die Geschäftskorrespondenz sind während zehn Jahren aufzubewahren.

<sup>2</sup> Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Ablauf des Geschäftsjahres, in dem die letzten Eintragungen vorgenommen wurden, die Buchungsbelege entstanden sind und die Geschäftskorrespondenz ein- oder ausgegangen ist.

*Art. 963*

D. Editions-  
pflicht

<sup>1</sup> Wer zur Führung von Geschäftsbüchern verpflichtet ist, kann bei Streitigkeiten, die das Geschäft betreffen, angehalten werden, Geschäftsbücher, Buchungsbelege und Geschäftskorrespondenz vorzulegen, wenn ein schutzwürdiges Interesse nachgewiesen wird und das Gericht dies für den Beweis als notwendig erachtet.

<sup>2</sup> Werden die Geschäftsbücher, die Buchungsbelege oder die Geschäftskorrespondenz elektronisch oder in vergleichbarer Weise aufbewahrt, so kann das Gericht oder die Behörde, die kraft öffentlichen Rechts ihre Edition verlangen kann, anordnen, dass:

1. sie so vorgelegt werden, dass sie ohne Hilfsmittel gelesen werden können; oder
2. die Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit denen sie lesbar gemacht werden können.

*Art. 964*

*Aufgehoben*

## II

### *Änderung bisherigen Rechts*

1. Das Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990<sup>3</sup> über die direkte Bundessteuer wird wie folgt geändert:

<sup>3</sup> SR 642.11

*Ingress*

gestützt auf die Artikel 41<sup>ter</sup> und 42<sup>quinquies</sup> der Bundesverfassung<sup>4</sup>,

...

*Art. 126 Abs. 3*

<sup>3</sup> Natürliche Personen mit Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit und juristische Personen müssen Geschäftsbücher und Aufstellungen nach Artikel 125 Absatz 2 und sonstige Belege, die mit ihrer Tätigkeit in Zusammenhang stehen, während zehn Jahren aufbewahren. Die Art und Weise der Führung, der Aufbewahrung und der Edition richtet sich nach den Bestimmungen des Obligationenrechts<sup>5</sup> (Art. 957 und 963 Abs. 2).

2. Das Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990<sup>6</sup> über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden wird wie folgt geändert:

*Ingress*

gestützt auf Artikel 42<sup>quinquies</sup> der Bundesverfassung<sup>7</sup>,

...

*Art. 42 Abs. 3 zweiter Satz*

<sup>3</sup> ... Die Art und Weise der Führung, der Aufbewahrung und der Edition richtet sich nach den Bestimmungen des Obligationenrechts<sup>8</sup> (Art. 957 und 963 Abs. 2).

## III

*Referendum und Inkrafttreten*

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Nationalrat, 22. Dezember 1999

Der Präsident: Seiler  
Der Protokollführer: Anliker

Ständerat, 22. Dezember 1999

Der Präsident: Schmid Carlo  
Der Sekretär: Lanz

<sup>4</sup> Diesen Bestimmungen entsprechen die Artikel 128 und 129 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 (SR 101).

<sup>5</sup> SR 220; AS 2002 949

<sup>6</sup> SR 642.14

<sup>7</sup> Dieser Bestimmung entspricht Artikel 129 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 (SR 101).

<sup>8</sup> SR 220; AS 2002 949

*Ablauf der Referendumsfrist und Inkraftsetzung*

<sup>1</sup> Die Referendumsfrist für dieses Gesetz ist am 20. April 2000 unbenützt abgelaufen.<sup>9</sup>

<sup>2</sup> Es wird auf den 1. Juni 2002 in Kraft gesetzt.

24. April 2002

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Kaspar Villiger

Die Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-Hotz

<sup>9</sup> BBl 2000 61